



Ausgabe 1/2015

- Aus aktuellem Anlass
Seite 2
- Für unser vielfältiges Deutschland – entschieden gegen Hass und Rassismus
Seite 3
- Mehr Prävention im Kampf gegen gewaltbereite Islamisten
Seite 5
- Schriftführerin – Neues Amt und neue Aufgaben
Seite 6
- Rede: Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder
Seite 7
- Einladung zu Bürgergesprächen
Seite 9
- Bundespresseamtsfahrt nach Berlin
Seite 10

Weitere Informationen finden Sie auch auf meiner Internetseite:

www.guelistan-yueksel.de



Oder auf Facebook:



Gülistan Yüksel -
Miteinander.
Für Deutschland.



Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

Liebe Freundinnen und Freunde der Sozialdemokratie,

auch wenn das neue Jahr jetzt schon ein paar Tage alt ist, möchte ich es dennoch nicht versäumen, Euch und Euren Familien ein frohes, erfolgreiches und vor allem gesundes neues Jahr zu wünschen.

Der Beginn des neuen Jahres ist überschattet von den Anschlägen in Frankreich. Wir trauern mit den Angehörigen der Opfer und wir empfinden tiefes Mitgefühl. Was in der erhitzten Debatte aber nicht untergehen darf: Der Islam verdient niemals einen Generalverdacht. Der oft beschriebene Kampf der Kulturen findet ja vor allem an den extremistischen Rändern statt. Ich bin sicher, dass sich auch in der muslimischen Welt viele Gläubige fragen: Wer beleidigt den Islam eigentlich mehr? Eine Zeitschrift, die den Propheten satirisch verzerrt oder Terroristen, die im Namen Allahs töten? Es geht hier schlicht um brutalste Gewaltverbrechen, die ganz sicher nicht mit der sogenannten „Islamisierung des Abendlandes“ oder gar Flüchtlings- und Asylpolitik in Verbindung gebracht werden dürfen.

Auch sonst ist vieles passiert: der Deutsche Bundestag hat seine Arbeit wieder aufgenommen. Die SPD-Fraktion arbeitet hart daran, die für das Jahr 2015 gesetzten Ziele in die Tat umzusetzen. Entlastung der Kommunen, neue Energie für den Klimaschutz, bezahlbare Mieten, Flüchtlings- und Asylpolitik, bessere Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Pflege sowie die Umsetzung der Frauenquote: dies sind nur einige Themen, die auf unserer Agenda stehen und über die ich an dieser Stelle berichten werde.

Herzlichst, Eure

Gülistan Yüksel

Aus aktuellem Anlass

Der Anschlag auf die Redaktion des französischen Satiremagazins „Charlie Hebdo“ in Paris ist nicht nur ein fürchterliches Verbrechen, sondern auch ein verheerender Angriff auf die Presse- und Meinungsfreiheit. Der Anschlag bewegt außerordentlich. Wir verurteilen diesen brutalen Angriff auf Toleranz und Pressefreiheit zutiefst. Diese abscheuliche Tat unterstreicht die Notwendigkeit, sich weiterhin mit größter Kraft für ein friedliches Zusammenleben einzusetzen. Gerade in solch schwierigen Zeiten kommt es darauf an, dass alle demokratischen Kräfte zusammen stehen. Wir dürfen uns nicht einschüchtern lassen und müssen gemeinsam einen Weg gegen den Terrorismus finden, um so unsere europäischen Grundrechte zu schützen und ein friedliches und respektvolles Miteinander zu leben.

Das Attentat war ein Anschlag auf einen der wichtigsten Grundwerte unserer demokratischen Gesellschaften. Die Meinungs- und Pressefreiheit ist eines ihrer höchsten Güter und war das Ziel der Attentäter. Es gilt nun umso mehr, den Wert und die Bedeutung einer freiheitlichen und gegenüber allen Religionen offenen Gesellschaft hochzuhalten.



Am 13.01.2015 habe ich daher mit vielen Kolleginnen und Kollegen sowie vielen Bürgerinnen und Bürgern an der Mahnwache vor dem Brandenburger Tor teilgenommen.

„Für unser vielfältiges Deutschland – entschieden gegen Hass und Rassismus“

Gemeinsam mit weiteren Bundestagskolleginnen und -kollegen mit Einwanderungsgeschichte habe ich einen fraktionsübergreifenden Aufruf gegen Pegida formuliert. Der Aufruf im Wortlaut:

„Wir sind Bundestagsabgeordnete verschiedener Herkunft und Weltanschauungen. Wir gehören verschiedenen Fraktionen an. Doch was uns unterscheidet, ist bei weitem nicht so stark wie das, was uns eint: Der Glaube an unsere Demokratie. Wir wissen, dass die offene und freie Gesellschaft nicht selbstverständlich ist und immer wieder verteidigt werden muss.

Demokratie lebt von Meinungsfreiheit. Sie lebt jedoch auch davon, dass Demokratinnen und Demokraten aufstehen, wenn – wie bei Pegida und deren Demonstrationen – unter dem Deckmantel einer angeblichen Islamisierung unseres Landes gegen die offene und plurale Gesellschaft und gegen Werte unseres Grundgesetzes agitiert wird, wenn rassistische Parolen verbreitet und gegen Schutzbedürftige und Minderheiten gehetzt werden.

Die diffuse Angst vor einer angeblichen Islamisierung Deutschlands der Pegida-DemonstrantInnen, deren Aufmärsche zum Teil von Rechtsradikalen gesteuert werden, basiert auf Unwissenheit, Lügen, Ressentiments und Ignoranz. Viele AfD-Mitglieder sympathisieren mit dieser islamfeindlichen Bewegung. Wir fordern alle demokratischen Parteien auf, sich klar von diesen anti-demokratischen Bewegungen abzugrenzen.

Es liegt uns fern, Probleme klein zu reden. Die wachsenden Zahlen von Salafisten und IS-Kämpfern, die bei uns rekrutiert werden, beunruhigen uns sehr und stellen ein ernstzunehmendes Problem dar. Der brutale und menschenverachtende Terroranschlag gegen das Pariser Satiremagazin Charlie Hebdo ist ein schwerer Anschlag gegen unsere Meinungs- und Pressefreiheit und macht uns fassungslos. Die richtigen Worte hatte der ehemalige Ministerpräsident Norwegens Jens Stoltenberg 2011 nach dem Breivik-Anschlag gefunden: „Unsere Antwort auf Gewalt ist noch mehr Demokratie, noch mehr Humanität, aber niemals Naivität.“ Wir dürfen nicht zulassen, dass die Täter ihr Ziel erreichen. Wir lassen die Spaltung unserer Gesellschaft durch Angst und Hass nicht zu. Weder eine Religion, noch eine Religionsgemeinschaft sind die Ursache für terroristische Anschläge. Pegida und AfD versuchen

den schrecklichen Terroranschlag innenpolitisch zu instrumentalisieren und schüren weiter Vorurteile. Wir möchten alle Bürgerinnen und Bürger dazu aufrufen, diesem perfiden Plan nicht auf den Leim zu gehen.

Deutliche Signale, wie die große Beteiligung an den Gegendemonstrationen unter anderem in München, Köln, Münster, Stuttgart, Hamburg, Leipzig und Berlin oder die Abschaltung der Beleuchtung des Kölner Doms und des Brandenburger Tors sowie die klaren Worte unserer Bundeskanzlerin sind richtig und wichtig. Es reicht aber nicht. Die Pegida-Bewegung ist die erste größere Bewegung, in der sich in Deutschland moderne Formen des Rassismus manifestieren.

Es gibt weitaus mehr Pegida-Sympathisanten in Deutschland als wir bei den Demonstrationen auf der Straße sehen und es ist nicht nur ein Dresdener Phänomen. Erst kürzlich hat auch der Religionsmonitor der Bertelsmann Stiftung erneut gezeigt: Die Ablehnung des Islam ist in Deutschland weit verbreitet und wird außerdem immer größer.

Menschen, die vor Verfolgung, Krieg und Tod aus ihren Ländern geflohen sind, fürchten in unserer Vorzeigedemokratie Deutschland um ihr Leben. Das wollen und dürfen wir nicht akzeptieren. Wir müssen Orte der Begegnung und des Dialogs schaffen. An sehr vielen Stellen geschieht dies schon tagtäglich. Wir möchten allen zumeist ehrenamtlichen Bürgerinnen und Bürgern danken, die sich für Flüchtlinge einsetzen und hetzenden GegnerInnen von Flüchtlingsheimen Paroli bieten. Einige von uns haben selbst Fluchterfahrung und wissen, wie wichtig es ist, in dieser schwierigen Zeit Solidarität zu erfahren. Nur wer sich in Deutschland willkommen und angenommen fühlt, kann sich integrieren. Deutschland ist vielfältig und profitiert von dieser Vielfalt. Wir sind auch aus demographischen und wirtschaftlichen Gründen auf Zuwanderung angewiesen. Millionen Menschen mit Migrationsgeschichte leben seit Jahrzehnten bei uns und bereichern unsere Gesellschaft. Einwanderungsgesellschaften sind selten frei von Konflikten, dennoch ist Integration in unserem Land millionenfach gelungen.

Wir sind alle gefragt, durch Bildung, Aufklärung, Begegnung, Information und Dialog, Ressentiments offen zu legen, völkische und antipluralistische Vorurteile zu entkräften, rechtsextremen Tendenzen und Antisemitismus entschlossen entgegen zu treten. Deshalb: Hass, Rassismus und Menschenfeindlichkeit haben in unserer Gesellschaft keinen Platz! Wir sagen NEIN zu jeder Art von Gewalt und Extremismus. Keine Toleranz gegenüber Intoleranz!

Wir danken allen, die sich für unsere Demokratie gegen solche Gruppierungen stellen.“

„Mehr Prävention im Kampf gegen gewaltbereite Islamisten“

Etat um 10 Millionen Euro aufgestockt

Im Kampf gegen gewaltbereite Islamisten setzt die Bundesregierung verstärkt auf Präventionsarbeit. Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig: „Ein Schwerpunkt im neuen Bundesprogramm ‘Demokratie leben!’ ist die Prävention gegen gewaltorientierten Islamismus.“

Die Mittel für das Programm wurden deshalb im vergangenen Jahr um zehn Millionen Euro auf insgesamt 40,5 Millionen Euro aufgestockt. Durch präventive Maßnahmen soll verhindert werden, dass junge Menschen von extremistischen Demagogen vereinnahmt werden.



Das am 1. Januar gestartete Bundesprogramm "Demokratie leben! – Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit" – stärkt die Zivilgesellschaft gegen demokratiefeindliche Tendenzen. Mit 40,5 Millionen Euro für 2015 stehen

dafür mehr Mittel zur Verfügung als jemals zuvor. Die fünfjährige Laufzeit des Bundesprogramms schafft außerdem Kontinuität und Planungssicherheit für Vereine, Träger und Organisationen.

In allen 16 Bundesländern unterstützt das Bundesfamilienministerium die Weiterentwicklung der bisherigen Beratungsnetzwerke zu Demokratiezentren. Vor allem die Beratungsangebote zum Thema gewaltorientierter Islamismus bzw. Dschihadismus sollen ausgebaut werden. Zugleich werden die Beratungsangebote für Opfer rechter Gewalt ausgebaut.

Das Bundesfamilienministerium unterstützt zugleich insgesamt 179 Städte, Gemeinden und Landkreise dabei, im Rahmen von lokalen "Partnerschaften für Demokratie" Handlungskonzepte zur Förderung von Demokratie und Vielfalt zu entwickeln und umzusetzen. Bürgerinnen und Bürger arbeiten hier Hand in Hand mit Verwaltung und Politik an Lösungen für ihren Ort. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend strebt an, insgesamt deutschlandweit bis zu 230 Kommunen zu fördern. Insgesamt arbeiten 90 Modellprojekte zu ausgewählten Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und zur Demokratie-

stärkung im ländlichen Raum sowie in dem Bereich Radikalisierungsprävention. Die Themenfelder reichen von aktuellen Formen des Antisemitismus, der Islam-/Muslimfeindlichkeit über linke Militanz, Antiziganismus, Homophobie und Transphobie bis hin zu unterschiedlichen Radikalisierungsphänomenen.

Erstmals unterstützt das Bundesfamilienministerium längerfristig auch eine Auswahl bundeszentraler Träger, die in Ihrer Arbeit gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit bundesweit bedeutsam sind. Zur Entwicklung einer bundesweit tätigen Infrastruktur werden zunächst 13 Partner, wie beispielsweise die Amadeu Antonio Stiftung oder die Türkische Gemeinde in Deutschland, unterstützt. Weitere Träger sollen noch Anfang 2015 folgen. Weitere Informationen unter: www.demokratie-leben.de.

Neues aus Berlin

„Schriftführerin – Neues Amt und neue Aufgaben“

Am 16.12.2014 wurde ich von den Mitgliedern des Deutschen Bundestags zur Schriftführerin gewählt. Schriftführer sind Abgeordnete, die der Bundestag auf Vorschlag ihrer Fraktionen in dieses Amt wählt. In der 18. Wahlperiode gibt es 64 Schriftführer, die sich an Sitzungstagen abwechseln. Je zwei Schriftführer bilden mit dem amtierenden Bundestagspräsidenten den Sitzungsvorstand. Sie sitzen links und rechts neben dem amtierenden Präsidenten. In der Regel gehört einer den Regierungsfractionen und einer der Opposition an.

Die Schriftführer unterstützen den Bundestagspräsidenten. Sie nehmen Anträge und Wortmeldungen entgegen, verlesen Schriftstücke, führen Rednerlisten, überwachen die Korrekturen des Plenarprotokolls und stellen das Ergebnis von Abstimmungen fest.

Jeden Monat wird man ein bis zwei Mal als Schriftführer eingesetzt. Dabei kann man auch für die Überwachung der namentlichen Abstimmungen oder der Hammelsprünge zuständig sein. Auch die Auszählung dieser Abstimmungen fällt in die Zuständigkeit der Schriftführer. Eine zeitintensive, aber sehr interessante Aufgabe!

„Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder“

Manchmal kommt es vor, dass aus zeitlichen oder wie in diesem Fall aus Krankheitsgründen, eine Debatte im Plenum des Deutschen Bundestages nicht möglich ist. Für diese Tagesordnungspunkte einigen sich die Fraktionen und die betroffenen Redner darauf, diese Reden zu Protokoll zu geben. Meine Rede zum „Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder“ habe ich daher zu Protokoll gegeben.

Auszüge aus der Rede vom 16.01.2015:

„Gewalt gegen Frauen, sie passiert täglich, zu Hause, am Arbeitsplatz, in der Öffentlichkeit oder im Internet. Betroffene Frauen benötigen deshalb Sicherheit, Schutz, Unterstützung und Vertrauen, denn ihr Weg in ein gewaltfreies Leben ist nicht einfach. Wir alle wissen um die



Misstände und Probleme in den Frauenhäusern. Barrierefreiheit, die Betreuung und Versorgung der Kinder, welche die Frauen mitbringen und die wie ihre Mütter oftmals unter psychischen Belastungen leiden. Auch die erschwerten Bedingungen für Studentinnen oder Frauen mit Migrationshintergrund sind Punkte, an denen noch intensiv gearbeitet werden muss.

Die Probleme sind tiefgreifend. Mit einem individuellen Rechtsanspruch auf Hilfe und Schutz allein wäre es nicht getan. Dabei ginge es dann nämlich auch um die Frage, ob eine Frau den notwendigen Nachweis erbringen könnte, um den Rechtsanspruch überhaupt geltend machen zu können. Zurecht wurde von Sachverständigen darauf hingewiesen, dass ein Rechtsanspruch Nachweispflichten mit sich bringen würde, welche für Frauen, die Gewalt erfahren mussten, eine hohe Hürde bedeuten.

Ich möchte ausdrücklich daran erinnern, dass die Hauptverantwortung bei den Ländern liegt. So obliegt der Bereich des Gewaltschutzes dem Ordnungsrecht und fällt somit grundsätzlich in die Kompetenz der Länder – ebenso wie die Finanzierung des Frauenunterstützungssystems. Das Wissen um die konkreten Bedürfnisse erlaubt es örtlichen Akteuren besser die notwendigen Maßnahmen zu erkennen und eine bedarfsgerechte Infrastruktur vor Ort zu gewährleisten. Diese

Einschätzung teilen auch die Länder. [...] Man darf auch nicht vergessen, dass die Länder bereits verschiedene Wege eingeschlagen haben, angepasst an die jeweiligen Gegebenheiten vor Ort.

Bei Vorgaben durch den Bund befürchten diese eine Verschlechterung ihrer Situation. Der Bund ist sich seiner Verantwortung aber bewusst – Die im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Punkte bleiben das Ziel.

Das Thema der Frauenhausfinanzierung ist eine wichtige Frage, sollte aber nicht ausschließlich im Vordergrund stehen. Es geht um das Gesamtsystem der Hilfeleistungen für die von Gewalt betroffenen Frauen und deren Kinder.

Insgesamt haben wir in Deutschland ein dichtes Netz an Unterstützungsangeboten und Einrichtungen, die betroffenen Frauen Hilfestellungen bieten. Zu den Frauenhäusern kommen rund 750 Fachberatungsstellen sowie Telefon- und Onlineberatung hinzu. Sie bieten den Frauen eine erste Anlaufstelle in ihrer Notsituation und stehen ihnen zur Seite.

Wir als SPD setzen uns dafür ein, dass Beratungsstellen und andere Hilfsangebote weiter ausgebaut werden und damit das Hilfenetz insgesamt gestärkt wird. Ich sage auch ganz klar: die SPD Fraktion steht für eine bedarfsgerechte und bundesvereinheitlichte Finanzierung der Frauenhäuser. Die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an der sich auch der Bund im Rahmen seiner Möglichkeiten und Kompetenzen bereits beteiligt, aber: dies ist ausbaufähig und wir arbeiten weiter daran. [...]

Meine Damen und Herren: Immer noch spielt sich viel Leid im Verborgenen ab. Das Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“, das es nun seit rund eineinhalb Jahren gibt, wurde im ersten Jahr über 47.000-mal gewählt. Die Dunkelziffer von Frauen, die sich weiterhin nicht trauen, Hilfe in Anspruch zu nehmen, ist aber immer noch zu hoch. Deshalb möchte ich am Ende meiner Rede die Möglichkeit nutzen um an alle Bürgerinnen und Bürger zu appellieren: schauen Sie nicht weg! Denn dort wo Verantwortungsbewusstsein und Mitgefühl für einander vorherrschen, wird Gewalt vorgebeugt.“

Neues aus dem Wahlkreis

„Einladung zu Bürgergesprächen“

Um eine liebgewonnene Tradition aus Wahlkampfzeiten wieder aufleben zu lassen, lade ich Sie und Euch ab Februar 2015 wieder zu Bürgergesprächen ins Wahlkreisbüro in der Brucknerallee 126 ein. Auch außerhalb von Wahlkampfzeiten möchte ich interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit bieten, Ihre Anliegen und Fragen an mich heranzutragen oder sich einfach über meine Arbeit in Berlin oder im Unterbezirk in Mönchengladbach zu informieren.

Für das erste Halbjahr 2015 lade ich zu folgenden Terminen jeweils von 16:00 bis 17:30 Uhr ein:

- Dienstag, 10. Februar 2015
- Dienstag, 10. März 2015
- Dienstag, 14. April 2015
- Dienstag, 12. Mai 2015
- Freitag, 26. Juni 2015



Um Wartezeiten zu vermeiden, möchte ich Euch darum bitten, Euer Kommen vorab formlos bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern anzumelden. Ebenso möchte ich Euch bitten, mir kurz das Thema mitzuteilen über das Ihr mit mir sprechen möchtet und auch eure Kontaktdaten nicht zu vergessen.

Ich freue mich auf Euer Kommen und auf informative Gespräche.

Neues aus dem Wahlkreis

„Bundespresseamtsfahrt nach Berlin“

Vom 17. bis zum 20. November haben mich im Rahmen einer Bundespresseamtsfahrt wieder 50 Mönchengladbacher und Mönchengladbacherinnen besucht. Es war wie immer ein tolles Erlebnis! Neben dem Besuch im Bundestag, im Kanzleramt und der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, standen auch ein Informationsgespräch im Auswärtigen Amt und eine Führung durch das Museum Tränenpalast auf dem Programm.

Über meine Arbeit als Abgeordnete konnte sich die Gruppe ein Bild im Bundestag machen. Die Besucher nutzten die Möglichkeit, um mit mir über politische Themen zu diskutieren und zu erfahren, wie der Alltag in Sitzungswochen des Parlaments aussieht. Besonders interessant war für mich die lebhafte Debatte zum Thema Sterbehilfe.



Impressum

V.i.S.d.P.: Gülistan Yüksel, MdB | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel: 030 / 227 73553

guelistan.yueksel@bundestag.de | www.guelistan-yueksel.de

© 2015 | Gülistan Yüksel MdB

Redaktion und Layout: Tobias Paszek | Redaktionelle Mitarbeit: Judith Aßmann, Sabine Esselen-Condé

Sollten Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, möchten wir Sie bitten, uns Ihre Newsletter-Abmeldung per E-Mail mitzuteilen. Anschließend wird Ihre E-Mail-Adresse aus dem Verteiler gelöscht.